



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
21.05.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Warum in Gorleben monatlich die Drohnen fliegen	4
21.05.2025 aachener-zeitung.de: Müssen die 152 Castoren gar nicht einzeln nach Ahaus?	5
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	7
22.05.2025 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard: MV-Wirtschaftsminister Blank hält mehr Akzeptanz bei der Energiewende für unerlässlich	8

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Sichtungen von Flugobjekten

Warum in Gorleben monatlich die Drohnen fliegen

Bundeseigene Gesellschaft für Endlagerung (BGE) antwortete auf EJZ-Nachfrage

Gorleben. Sind über den Atomanlagen in Gorleben Drohnen unterwegs? Mehrere Sichtungen von Flugobjekten auch im Dannenberger Ostkreis sorgten zuletzt für Gesprächsstoff. Klar ist nun: Die bundeseigene Gesellschaft für Endlagerung (BGE) überfliegt einmal im Monat die Salzhalde, um das Volumen des verbliebenen Salzes zu ermitteln, das noch ins im Rückbau befindliche Bergwerk gebracht werden soll. Das teilte die BGE auf Nachfrage der EJZ mit. Bei

der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) hat man keine Drohnen über dem benachbarten Zwischenlagergelände gesichtet.

Zuletzt hatte die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg Alarm geschlagen und vor möglichen Risiken durch Drohnenangriffe gewarnt. Allerdings habe das für die Genehmigung der geplanten verlängerten Zwischenlagerung zuständige Bun-

desamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bei einer mündlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster Ende 2024 zum Zwischenlager Ahaus bestätigt, dass im Rahmen vergangener Aktualisierungen der Sicherungsmaßnahmen für Zwischenlager Drohnen zum Thema gemacht wurden. „Zum notwendigen Umfang der Sicherung“ dürften sich jedoch weder BASE noch BGZ äußern.

Wörter:	182	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Christian Franke	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	7.038 ¹
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink: https://www.ejz.de/lokales/gorleben-monatlich-drohnen-fliegen-id432024.html			
¹ von PMG gewichtet 03-2025			

Abbildung: Auf dem Luftbild ist die Salzhalde zu sehen, im Hintergrund die Aufbauten des Bergwerks und noch weiter dahinter das Zwischenlager.

Fotograf/-in: Foto: BGE

Jülich

Müssen die 152 Castoren gar nicht einzeln nach Ahaus?

Während die Transportgenehmigung weiter aussteht, bringt die Bundesregierung einen bisher wenig beachteten Aspekt ins Gespräch: Können die Jülicher Atommüll-Behälter auch im Dreier-Konvoi durchs Land fahren?

152 Castoren mit Atommüll lagern im Jülicher Zwischenlager, seit 2013 ohne Genehmigung, seit 2014 trotz Räumungsanordnung. Die geplante und von den zuständigen Bundesministerien wegen der geringeren Kosten einem Zwischenlager-Neubau in Jülich vorgezogene Verlagerung nach Ahaus ist schon genehmigt, der Transport der gefährlichen Fracht aber bislang nicht. Beantragt hat die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) 152 Einzeltransporte. Pro Schwerlasttransporter kann nur ein Behälter geladen werden, und bei allen Kostenschätzungen sowie den im vergangenen Jahr erfolgten Probetransporten war die Annahme, dass die Gefahrgutlaster nur einzeln durchs Land rollen können.

Ob der hohen Sicherheitsauflagen, des aufwändigen Handlings und der mit den Transporten einhergehenden Einschränkungen für den Verkehr wird daher in der aktuellen Projektplanung von einer Gesamtdauer von zwei Jahren ausgegangen. Die JEN rechnet mit Kosten für die Transporte von mindestens 40 Millionen Euro (hinzu kommen Entwicklungs- und Baukosten in Höhe von 50 Millionen Euro für das Transportequipment, die schon ausgegeben worden sind). Eingerechnet ist da noch nicht der Aufwand für die Polizei-Begleitung.

In seinen Antworten auf eine kleine Anfrage des Aachener Bundestagsabgeordneten der Linken, Fabian Fahl, zum Thema Castortransporte hat das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit nun aber explizit noch auf eine andere Möglichkeit hingewiesen: „Sollte die Polizei die Bündelung von Transporten anweisen, könne mit einer Reduzierung der Gesamtkosten aufgrund einer reduzierten Anzahl von Transportvorgängen gerechnet werden“, heißt es da. Die reine Transportdurchführung würde laut der Zahlen aus dem Genehmigungsverfahren bei einer Bündelung von drei Lastern knapp 18,5 Millionen Euro kosten – gegenüber knapp 25,5 Millionen, wenn alle Schwerlasttransporte einzeln führen. Getragen werden die Kosten für den Transport zu 70 Prozent vom Bund und zu 30 Prozent vom Land.

Dass eine Bündelung möglich sei, bestätigt auch JEN-Sprecher Jörg Kriewel und betont, dass die Entscheidung nicht bei der JEN, sondern bei der Polizei liegt. Die könne offenbar „lageabhängig“ entscheiden und – vorausgesetzt, die technischen Möglichkeiten sind vorhanden – Transporte im Konvoi bündeln. Eine Abstimmung mit der Polizei sei aber erst vorgesehen, wenn die Genehmigung da ist. Bei der JEN stehe man der Entscheidung „leidenschaftslos“ gegenüber. Beantragt sind 152 Einzeltransporte, man wäre aber auch in der Lage, mehrere Castoren loszuschicken. Drei komplette Transporteinheiten hat die JEN, durch eine Absprache mit dem Betreiber eines Münchner Forschungsreaktors wäre auch eine vierte verfügbar. Ursprünglich sollte so auch bei Einzeltransporten ein zeitlicher Verzug verhindert werden, weil dadurch, etwa während ver- oder entladen wird, der nächste Castortransport schon losfahren kann. Bei der JEN gehe man davon aus, dass die Genehmigung der Einzeltransporte, so sie erteilt wird, auch auf eine Bündelung anwendbar sei, erklärt Kriewel.

Nach welchen Kriterien die Polizei entscheidet, welche Vorteile eine Bündelung aus polizeilicher Sicht hätte und inwiefern so Geld, Personal und Zeit gespart werden könnten, dazu gibt das zuständige Innenministerium des Landes „aus einsatztaktischen Gründen“ auf Anfrage allerdings keine Auskunft.

„Eine Bündelung ist zwingend erforderlich“, äußert sich dagegen Markus Robert, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW, sehr deutlich. Die GdP kritisiert die geplanten Transporte von Jülich nach Ahaus grundsätzlich. „Wir haben nicht den Eindruck, dass die Möglichkeit eines Verbleibs in Jülich umfassend geprüft worden ist“, sagt Robert. Die GdP hat wiederholt darauf hingewiesen, wie absurd es wäre, wenn die gleichen Kolleginnen und Kollegen, die den aufwändigen Transport nach Ahaus begleiten, letztlich auch den Rücktransport nach Jülich vornehmen müssten, sollte hier doch ein neues Zwischenlager gebaut werden können.

Störaktionen auf der 170 Kilometer langen Strecke seien zu erwarten, so Robert. Ob die gewaltfrei blieben, sei nicht abzusehen. Diese Gefährdung der Einsatzkräfte dürfe nur eingegangen werden, wenn der Transport nicht zu verhindern sei. Aus Effizienzgründen würde die GdP dann eine Dreier-Bündelung bevorzugen – für die ohnehin extrem belastete Polizei sei das immer noch eine Aufgabe, die sich über einen langen Zeitraum ziehen würde. Dabei geht Robert davon aus, dass nicht zwingend bedeutend mehr Einsatzkräfte für einen Dreier-Konvoi nötig wären als für einen Einzeltransport – der Aufwand für die Polizei bei gut 50 Trans-

porten im Vergleich zu 152 Transporten also deutlich sinken würde.

Die Genehmigung für den Transport nach Ahaus könnte theoretisch jederzeit kommen – aktuell liegt die vom Land als Atomaufsicht abgegebene Stellungnahme zur Prüfung beim

Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE). Bei einer Dialogveranstaltung zur Zwischenlagerung in Ahaus Anfang dieser Woche hatte ein Vertreter der JEN von einer erwarteten Genehmigung im Sommer und dem Beginn der Transporte in diesem Jahr berichtet. Am selben Tag hatte es in Ahaus

eine Protestaktion verschiedener Initiativen gegeben, die sich unter anderem gegen Bauarbeiten an einem Kreisverkehr richteten, der seit dieser Woche bereits für die tonnenschweren Atom-
müll-Transporte ertüchtigt wird.

Wörter:	770	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Kristina Toussaint	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	112.065 ¹
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	29.000 ²
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-dueren/juelich/muessen-die-152-castoren-gar-nicht-einzeln-nach-ahaus/67945415.html>

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

MV-Wirtschaftsminister Blank hält mehr Akzeptanz bei der Energiewende für unerlässlich

Im Land drehen sich immer mehr Windräder. Doch regional sind Lasten und Nutzen ungleich verteilt. Das schmälert die Akzeptanz der Energiewende. Die Fachminister wollen das ändern.

Schwerin/Rostock Die Energiewende in Deutschland kann nach Überzeugung von Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Wolfgang Blank (parteilos) nur gelingen, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung merklich wächst. „Der Ausbau der erneuerbaren Energie im ländlichen Raum kann nur mit und nicht gegen die Menschen stattfinden“, sagte Blank vor Beginn der Energieministerkonferenz in Rostock. „Der Ausbau muss also klug gesteuert und sozial gerecht erfolgen.“

In seiner Funktion als Vorsitzender der Fachministerkonferenz empfängt Blank von Donnerstag an seine Amtskollegen an der Warnowmündung. „Die große Klammer für die Konferenz bilden für mich die Schlagworte ‚Akzeptanz und ‚Wertschöpfung vor Ort‘“, sagte Blank. Die Bundesländer und insbesondere auch der Bund seien in der Pflicht, die Argumente der Kritiker der Ökostrom-Produktion wirklich ernst zu nehmen, die Weichen teilweise neu zu stellen und den Rechtsrahmen anzupassen.

„Die Strompreise müssen runter“, mahnte Blank. Das sei nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, sondern auch für die deutsche Wirtschaft entscheidend. Zudem sei es geboten, Anwohnern von Wind- und Solarparks auch die Möglichkeit zu eröffnen, finanziell davon zu profitieren.

„Mit dem Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz sorgen wir bei uns in MV dafür, dass die Menschen künftig direkt und einfach davon profitieren. Wenn

die eigene Stromrechnung sehr spürbar sinkt oder die Windenergieanlage vor dem Dorf den neuen Fußballplatz finanziert, wird das die Akzeptanz erhöhen und die Stimmung verändern“, zeigte sich Blank überzeugt.

Für Länder mit wenig Industrie, wie etwa Mecklenburg-Vorpommern, biete die Energiewende eine wirklich große Chance aufzuholen. Unternehmen würden sich in Zukunft dort ansiedeln, wo grüne Energie effizient produziert und günstig angeboten werde. Die Wertschöpfung vor Ort werde gestärkt, wenn der Strom in direkter Nähe von Windenergieanlagen und Solarparks genutzt oder gespeichert wird. „Das entlastet auch das Netz, wenn der Strom aus unserem Wind nicht mehr quer durch Deutschland fließt“, sagte Blank. Im Süden werden solche Pläne zumeist skeptisch gesehen.

Ausbau der Stromnetze kostet viel Geld

Der Ausbau der Windkraftnutzung vor allem im Norden und im Nordosten hatte massive Investitionen in die Stromnetze nach sich gezogen, um den Ökostrom auch einspeisen zu können. Das hatte die Netzentgelte und damit die Strompreise regional nach oben getrieben und so die Akzeptanz gemindert. Blank regte in diesem Zusammenhang an, auch die Betreiber von Wind- und Solarparks, die bislang erheblich von den Gesetzesregelungen profitierten, künftig an den Kosten der Netzinfrastruktur zu beteiligen.

Der Umweltverband BUND erneuerte anlässlich der Energieministerkonferenz in Rostock die Forderung, auf den geplanten Neubau von Gaskraftwerken zu verzichten. Lieferverträge mit Ländern, die Gas exportieren, würden neue Abhängigkeiten schaffen, Energiepreise hochhalten und die langfristige Nutzung von Gas festschreiben, hieß es zur Begründung.

Für die Wärmeversorgung der Gebäude sollten verstärkt auch erneuerbare Energien wie Umwelt- und Erdwärme genutzt werden. Erste Städte planen bereits, ihr Gasnetz stillzulegen. „Für die Industrie werden so Gaskapazitäten frei, die durch Energieeffizienz, grünen Wasserstoff und Biogas noch reduziert werden können“, heißt es in der BUND-Mitteilung. Der geplante Neubau von Gaskraftwerken sei somit unnötig.

Mecklenburg-Vorpommern nutzt seine territorialen und klimatischen Bedingungen bereits für die klimafreundliche Stromproduktion. Im Jahr 2024 trugen dazu nach Branchenangaben landesweit 2165 Windräder und mehr als 61.700 Photovoltaikanlagen bei, Kleinstanlagen an Wohngebäuden mitgerechnet. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, basiert die Stromerzeugung im Nordosten inzwischen zu über 80 Prozent auf erneuerbaren Energieträgern wie Wind und Sonne. Laut Umweltbundesamt lag 2024 der Anteil bundesweit bei gut 54 Prozent. (dpa)

Wörter: 583
Autor/-in: Frank Pfaff
Ressort: landmv
Seitentitel: landmv
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 8.232 (gedruckt)¹
8.209 (verkauft)¹
8.394 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,02785 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024



Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Wolfgang Blank will sich für mehr Akzeptanz der Energiewende bei der Bevölkerung einsetzen.



Vor allem Windräder in der Nähe von Wohnhäusern sind bei den Anwohnern unbeliebt und umstritten.